

Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach

Bürger-Info aktuell (14.05.2016)

Der Gemeinderat Bruchsal mit Oberbürgermeisterin Frau Petzold-Schick an der Spitze hat am 03.05.2016 mehrheitlich beschlossen, die vom Landkreis geforderten Unterbringungsplätze für Asylbewerber auf der Landwirtschaftsfläche Walkartswiesen unmittelbar nach dem Ortsausgang Richtung Büchenau auf der rechten Seite bereitzustellen.

Von den Entscheidungsträgern wird aktuell eine Planung vorangetrieben, mit der 2 Gebäudekomplexe mit 3-4 Geschossen neugebaut werden und die Platz für die Unterbringung von 175 Personen bieten sollen.

Angedacht ist, dass die Gebäude als Gemeinschaftsunterkunft von Asylbewerbern genutzt werden. Bei diesen Bewohnern ist es völlig offen, ob sie in Deutschland bleiben dürfen, ob sie als (Kriegs-)Flüchtlinge anerkannt oder abgelehnt, d.h. abgeschoben werden.

Derzeit können die Untergrombacher davon ausgehen, dass spätestens nach 2 Jahren ein dort untergebrachter Asylbewerber wieder auszieht. Für einen ausziehenden Asylanten rückt ein anderer nach. Dieses Unterbringungskonzept soll für die nächsten 20 Jahre in Untergrombach angewendet werden!

Nachdem auch in der sogenannten Bürgerfragestunde im Ortschaftsrat am 04.05.2016 keine konkreten und plausiblen Antworten auf Fragen von Bürgern zu den vorausgegangenen Überlegungen erteilt wurden, haben sich am 09.05.2016 rund 40 Bürger zu einer Bürgerinitiative zusammen geschlossen.

Warum?

- Bei den aktuellen Ausführungen der Oberbürgermeisterin und des Ortsvorstehers Karl Mangei wird nicht transparent, inwieweit in die Planungen die aktuell reale Entwicklung im Unterbringungsbedarf von Flüchtlingen in Untergrombach einfließt. Monatlich ist statistisch ein massiver Rückgang von Asylanträgen belegbar. Der Landkreis selbst hat in seiner Sitzung am 12.05.2016 den Bedarf grundlegend nach unten korrigiert (6500 Plätze gegenüber 9600 am Anfang des Jahres; siehe BNN vom 13.05.2016). Warum dann also schnelle und auf 20 Jahre ausgelegte Lösungen?

- Warum nur ein Standort für die Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach infrage kommt und weshalb die Fläche Walkartswiesen die „beste“ Lösung ein soll, ist nicht nachvollziehbar. Es gibt augenscheinlich eine Vielzahl von Standortoptionen im Ort, angefangen von städtischen Grundstücken über leer stehende Immobilien bis hin zu Sondergebieten. Die Konzentration der Planungen auf eine Landwirtschaftsfläche, für die im Flächennutzungsplan keine Bebauung vorgesehen ist, erfordert sachliche Begründungen. Warum werden nicht verschiedene Standortalternativen diskutiert bzw. ist eine dezentrale Verteilung der Menschen auf mehrere Standorte angedacht?

-Bis heute wurden keine Informationen darüber gegeben, inwieweit Erfahrungen aus anderen Kommunen in der Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach eingeflossen sind. Positive (z.B. Stutensee) wie negative (z.B. Eggenstein-Leopoldshafen.)

-Die Experten in den entsprechenden Fachkreisen sind sich einig, dass vor allem multikulturelle Herausforderungen, die auch den Umgang mit dem Thema Sicherheit für die Bürger betreffen, am ehesten gelöst werden, wenn eine Nutzungseinheit nicht mehr als 60 Menschen umfasst. Die Menschen

sind teilweise traumatisiert, kommen aus Kulturen mit einem völlig anderen Werte- und Normenverständnis und bedürfen deshalb einer intensiven Betreuung. Kriminalstatistiken belegen, dass Bruchsal im Bereich der Sicherheit einen überproportional hohen Handlungsbedarf hat. In Untergrombach wurde die Polizeipräsenz nahezu komplett abgebaut. Auch in diesem Zusammenhang sind 175 Personen an einem Standort nicht akzeptierbar. Wie wird die Sicherheit in Untergrombach gewährleistet?

-Es ist derzeit unklar, ob und inwieweit alle Stadtteile verhältnismäßig ausgeglichen für den aktuellen Lösungsbedarf der Flüchtlingsfrage herangezogen werden

-Ein Neubau in der vorgestellten Größenordnung, auf 20 Jahre Nutzung ausgelegt, gibt es in der gesamten Region nicht. Warum hier bei uns, in Untergrombach?

-Eine Bürgerinitiative hat naturgemäß eine größere Chance, die Aufmerksamkeit der politischen Vertreter für Bürgerbedürfnisse einzufordern, als dies im persönlichen Alleingang möglich ist.

Alle Bürger, alle Untergrombacher, haben ein Recht darauf, in Vorgänge einbezogen zu werden, die so elementar auf das Wohn- und Lebensumfeld in Untergrombach Einfluss nehmen. Transparenz und Dialog sind die Grundprinzipien eines demokratischen Verständnisses von Politik. Viele Bürger sind derzeit der Meinung, dass diese von den gewählten Vertretern „mit den Füßen getreten“ und „verhöhnt“ werden.

Aus diesen Gründen hat die Bürgerinitiative mit Schreiben vom 12.05.2016 den Entscheidungen der Gremien widersprochen und an den Gemeinderat, Landkreis und Kreistag den Antrag gestellt, die derzeitigen Planungen grundlegend zu überprüfen und die Bürger mit ihren Ideen und Anregungen einzubeziehen.

Das Thema Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach geht alle Untergrombacher an!

Schlussendlich geht es nicht nur um Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen, die auf der Flucht sind, sondern v.a. darum, mit einer wechselnden und schwierigen Bewohner Klientel in den nächsten 20 Jahren sozialverträglich umzugehen. Der Tagesablauf von den Bewohnern wird sich am wenigsten innerhalb der Unterkunft abspielen. Viel Zeit bleibt, im Hintergrund von losen Tagesstrukturen Untergrombach, Büchenau und Staffort „kennenzulernen“.

Jeder Bürger hat jetzt die Chance, die Stadtteilentwicklung entscheidend mitzugestalten, in dem er den politischen Vertretern Fragen stellt, konstruktive Anregungen gibt und sein Recht, in die Willensbildung einbezogen zu werden, einfordert.

Von der Oberbürgermeisterin wurde eine Bürgerveranstaltung angekündigt. Nutzen Sie die Möglichkeit, sich dort aus erster Hand über die Ereignisse zu informieren und zu diskutieren. Oder einfach nur durch Ihr persönliches Erscheinen zu signalisieren, dass es Ihnen alles andere als egal ist, was derzeit für die nächsten 20 Jahre in Untergrombach geplant ist.

Falls Interesse an näheren Informationen zum Engagement der Bürgerinitiative besteht, kann sich jeder gerne über die Kontakt-Mail-Adresse info@buergerinitiative-fluechtlinge-untergrombach.de an die Gruppe wenden. Näheres zur Initiative ist auch auf der Website www.buergerinitiative-fluechtlinge-untergrombach.de zu erfahren.

Fakt ist: Nur gemeinsam, im Zusammenhalt, schafft es die Bürgerschaft, auf vermeintlich offene Planungen dahingehend einzuwirken, dass das harmonische und gute Lebensumfeld in Untergrombach auch in Zukunft sichergestellt ist.